

Editorial

Dieser SVP-Vorstoss wird teuer – doch ist er sinnvoll?

Wie man mit parlamentarischen Vorstössen Politmarketing macht, hat letzte Woche die SVP wieder einmal gezeigt. Noch nicht einmal eingereicht ist der Vorstoss von Adrian Amstutz – lanciert über den «Blick» –, der die Zahl der Studierenden von Psychologie, Ethnologie, Soziologie, Geschichte und Kulturwissenschaften halbieren will. Wie geplant reagiert die Linke mit Empörung, und am Stammtisch wird geklatscht. Die Wirtschaft signalisiert unter dem Eindruck eines Fachkräftemangels bei den Ingenieuren Zustimmung. Heinz Karrer, Präsident von Economie-suisse, fordert vereint mit Amstutz die Abschaffung des Numerus clausus in der Medizin. Es könne ja nicht sein, dass man die Ärzte aus dem Ausland importiere und es gleichzeitig verpasse, in die eigene Jugend zu investieren. Man reibt sich die Augen und denkt «verkehrte Welt» angesichts der Tatsache, dass es genau die SVP und die FDP waren, die die Zulassungsbeschränkung zum Medizinstudium vor 15 Jahren durchgedrückt haben.

«Wer mit Sprachen selektiert, bekommt keine Mathe-matiker»

Abgesehen davon hat Amstutz aber nicht ganz unrecht. Es ist eine anerkannte Tatsache, dass die Schweiz zu

wenig Ärzte, Ingenieure und Naturwissenschaftler ausbildet, während die Historiker auf dem Arbeitsmarkt ausserhalb von Staat und Politik Mühe haben. Aber man müsste vielleicht auch nach der Ursache fragen. Da lohnt sich der Blick an die Mittelschulen, woher die angehenden Akademiker kommen. Und dort ist es tatsächlich so, dass einem Schüler ein mathematisches Talent viel weniger nützt als die Sprachbegabung. Wer in Zürich das Langzeitgymnasium beginnt, büffelt Latein, Französisch, Deutsch, Englisch und Geschichte, demgegenüber stehen Mathematik und allenfalls noch Biologie als Fächer, in denen mathematische Kenntnisse Vorteile bringen. Wer unten mit Sprachen selektiert, der muss sich nicht wundern, wenn oben keine Mathematiker herauskommen.

Wenig hilfreich sind auch die Voten der ETH-Präsidenten, die ihre Schulen als Eliteuniversitäten positionieren und in Interviews immer wieder zu verstehen geben, dass sie die Maturanden für zu schwach halten. Entsprechend wird bei den Vorprüfungen ausgesiebt, statt dass man die Neueinsteiger dort abholt, wo ihre Kenntnisse sind. An den Universitäten läuft das nicht viel anders. Es holt sich nicht der die Lorbeeren, dem es gelingt, möglichst viele zum Abschluss zu bringen, vielmehr arbeitet man mit Durchfallquoten und glaubt, damit die Qualität zu sichern. Kein Wunder, entscheiden sich die jungen Leute für die Studienrichtung, in der sie sich auch willkommen fühlen. Dafür holt man dann Doktoranden oder ausgebildete Ingenieure aus dem Ausland und erkennt dabei, dass diese zum Teil aus Ländern mit deutlich geringeren Fachansprüchen kommen. Wenn sich das ändern würde, wäre Amstutz' Vorstoss zwar sicher ein teurer, aber im Nachhinein ein sehr sinnvoller für die Schweiz.

Arthur Rutishauser,
Chefredaktor



arthur.rutishauser@sonntagszeitung.ch
www.facebook.com/sonntagszeitung

Barnaby Skinner

Bern Ein Bundesbeamter, der namentlich nicht genannt werden möchte, stürzte sich kürzlich an der Formulierung eines Vorstosses. Sie passte sprachlich so gar nicht zum Rest der parlamentarischen Eingaben. Er googelte die Textstelle. Und siehe da: Dieselbe Passage fand sich in einem Vorstoss aus dem deutschen Bundestag wieder. Der Schweizer Politiker hatte die Stelle als Copy-Paste-Motion im Nationalrat eingereicht.

Wie oft Plagiate vorkommen, ist offen, sicher ist aber, dass solche Vorstösse Teil eines Trends sind: Der Aktivismus der Eidgenössischen Räte steigt. Für das Jahr 1994 sind in der Curia Vista, der Parlamentsdatenbank, 608 Vorstösse zu finden; seither hat sich ihre Zahl mehr als verdreifacht. 2014 kamen bereits 2094 parlamentarische Geschäfte zusammen. In der laufenden Legislatur werden es bis Ende Jahr hochgerechnet über 5500 Vorstösse sein. Die Bearbeitungskosten sind damit auf 34 Millionen Franken gestiegen, gegenüber 18 Millionen Franken in der Legislatur 1995 bis 1999.

Das Parlament versinkt in einer Flut von Vorstössen. Das sind Interpellationen, also Auskunftsgesuche an die Regierung, Motionen, die den Bundesrat zur Schaffung eines Gesetzes auffordern, Postulate mit dem Auftrag, ein neues Gesetz zu prüfen, oder parlamentarische Initiativen mit ausformulierten Gesetzesentwürfen.

Nur noch jede 24. SVP-Motion wird angenommen

Erfolg haben die Fraktionen und Räte jedoch immer weniger. Das zeigt eine Auswertung: Mit einer speziellen Software wurden alle 30 000 politischen Vorstösse der letzten 20 Jahre aus der Parlamentsdatenbank ausgegraben und analysiert.

Die SVP-Fraktion und deren Räte reichten in den ersten drei Jahren der 45. Legislatur, zwischen 1995 und 1998, insgesamt 51 Motionen ein, von denen jede dritte angenommen wurde. In den ersten drei Jahren der aktuellen Legislatur ist die Erfolgsquote der grössten Schweizer Partei drastisch gesunken. Bis zur laufenden Frühjahrs-session hat die SVP 248 Motionen eingereicht – davon wurden ganze 5 angenommen. Hochgerechnet hat in der laufenden Legislatur einer von 24 Vorstössen der SVP Erfolg.

Woran liegt das? Bei der SVP greift man zu einer oft wiederhol-

Bern Sie könnten im politischen Spektrum wohl nicht weiter auseinanderliegen, und doch haben Lorenzo Quadri (Lega) und Silvia Schenker (SP) eines gemeinsam: Von allen Parlamentariern verprassten sie am meisten Geld für wirkungslose Vorstösse. Wie die Datenanalyse aller politischen Vorstösse von 1994 bis 2014 zeigt, haben Quadri und Schenker beide je 75 Vorstösse eingereicht, wobei je nur ein einziger angenommen wurde – eine magere Erfolgsquote. Unabhängig vom Erfolg haben Susanne Leutenegger Oberholzer (SP), Josef Zisyadis (PDA) und Franziska Teuscher (Grüne) in den letzten 20 Jahren am meisten Vorstösse eingereicht. Doch den Titel der grössten Kostensünder teilen sich der Tessiner

Das teuerste Parlament aller Zeiten

Die Anzahl Vorstösse hat sich seit 1994 verdreifacht. Politiker erreichen jedoch nicht mehr – im Gegenteil

Vorstösse und ihre Erfolgsquote

Anzahl Vorstösse nach Partei	Anzahl Vorstösse pro Fraktionsmitglied	Anzahl Motionen pro gelungenem Vorstoss
SP 470 1100	7 19	2 8
Grüne 120 368	12 22	3 12
FDP 322 526	5 13	2 5
CVP 228 626	5 14	2 5
SVP 182 796	5 15	3 24
Andere* 856 650	45. Legislaturperiode 49. Legislaturperiode	1995–1999 2011–2015

SoZ Candrian; Quelle: Curia Vista

*Vorstösse von Kommissionen, Ständen und anderen Fraktionen

ten, aber umstrittenen These: «Wir haben eine neue Zusammensetzung: Mitte-links», sagt die stellvertretende Generalsekretärin Silvia Bär. «Entsprechend wird die Verwaltung verstärkt Vorstösse von rechter Seite ablehnen.» Doch die Sozialdemokraten stehen nicht besser da: Sie produzieren die meisten Vorstösse für den Papierkorb. Vor zwanzig Jahren war die Erfolgsquote der SP-Vertreter noch beeindruckend: Von 1995 bis 1998 wurde von den 149 eingereichten Motionen jede zweite angenommen. In der laufenden Legislatur reichten die SP-Fraktion und ihre Mitglieder in derselben Zeitspanne 260 Motionen ein; angenommen wurde bisher nur jedes achte Geschäft.

«Die Flut an Vorstössen ist ein Problem», sagt Alec von Graffenried. Der Berner Grünen-Politiker ist Ende Februar frühzeitig aus dem Nationalrat zurückgetreten,

weil er Job, Familie und Rats-tätigkeit nicht unter einen Hut bekommen hat. «Demokratie ist Diskussion, die Vorstösse sind ein wichtiger Teil davon», sagt der vierfache Familienvater, «wenn jedoch Vorstösse nur der persönlichen Profilierung dienen, ohne sachlichen Anspruch, werden sie zu einer unnötigen Belastung des Systems.»

Ein Faktor ist die Medialisierung des Politsystems. Oft läuft das Geschäft folgendermassen ab: Ein Politiker meldet sich bei einem Medium mit einem vermeintlichen Missstand. Je kurioser, desto besser für die Schlagzeile oder die Klickzahlen im Internet. Kürzlich zum Beispiel der Freiburger SVP-Nationalrat Jean-François Rime mit dem Vorschlag, den Kantonen zu verbieten, Bussen ins Jahresbudget einzubeziehen. Der Vorstoss war aussichtslos, weil er die Finanzhoheit der Kantone verletzte.

Trotzdem widmete der «Blick am Abend» Rimes Geschäft eine halbe Seite und zitierte den SVP-Politiker mit den Worten: «Ich werde sicher noch nachstossen.»

Bundesrätliche Antwort wurde zum Youtube-Hit

«Die Aktivität eines Parlamentariers kann am einfachsten mit der Anzahl Vorstösse quantifiziert werden», erklärt FDP-Fraktionssekretär Charles Jean-Richard. Egal, wie absurd und unnötig diese manchmal seien. Jean-Richard erinnert an einen Vorstoss zu den Kosten von Gymkana-Prüfungen bei Pferden. Der Test soll ermitteln, wie schreckhaft die Tiere sind. Die Stellungnahme von Bundesrätin Doris Leuthard ist heute auf Youtube ein Renner. Sie beendete ihre Ausführungen mit den Worten: «Fragen Sie mich jetzt nicht, wie viel die Beantwortung dieser Anfrage gekostet hat.»

Wirkungslose Vorstösse: Die grössten

Lorenzo Quadri (Lega) und Silvia Schenker (SP) brauchten

Quadri und die Baslerin Schenker unangefochten. Hochgerechnet haben ihre Vorstösse je geschätzte 495 000 Franken gekostet.

«Beamte sind sowieso da und werden bezahlt»

Beide Parlamentarier zeigen sich überrascht über diese hohen Kosten, sehen dies aber nicht als Problem: «Ich bin ja nicht im Parlament, um nichts zu machen. Ich bin im Parlament, um etwas zu verändern», sagt Silvia Schenker. Sie ist seit 2003 im Nationalrat mit Fokus auf Sozialpolitik und Migration. Das Instrument des Vorstosses setze sie sehr bewusst ein, dennoch: «Manchmal sind meine Vorstösse natürlich auch Detailfragen, welchen ich bei meiner Arbeit begegne», meint die Sozialpädagogin.

Sie reiche auch Vorstösse ein, die keine Chance hätten, damit das Thema publik werde.

Auch Lorenzo Quadri, seit 2011 im Nationalrat, wehrt sich dagegen, ein Verschwender zu sein. Die Analyse sei nur eine hypothetische Berechnung: «Beamte sind sowieso da und werden bezahlt. Sie werden nicht angestellt, um meine Vorstösse zu beantworten.» Ausserdem sei Demokratie halt ein teures System: «Wenn wir eine Diktatur machten, würden wir sicher sparen, aber ich weiss nicht, ob das eine gute Idee wäre.»

Beide sind der Meinung, dass sie mit ihren Themengebieten einen schweren Stand im Parlament hätten und deshalb ihre Erfolgsquote so tief ist. Die Motion «Massnahmen zur Unterstützung

von älteren Arbeitslosen» war Schenkers einziger Erfolg; es ging um die Erstellung eines Massnahmenplans für Arbeitslose über 50 Jahre. Auch Lorenzo Quadri konnte wenigstens einen Erfolg feiern: «Neue Besteuerung der Grenzgängerinnen und Grenzgänger» ermöglicht es der Schweiz, Italiener höher zu besteuern, um den «sozialen Frieden» im Tessin zu verbessern. Weniger beliebt war seine Anfrage, das Aufhängen einer ausländischen Flagge – ohne eine gleich grosse Schweizer Fahne – zu verbieten. Trotzdem werde er weiter Vorstösse einreichen, wenn er eine gute Idee habe: «Ich wäre kein Parlamentarier, wenn ich auf diese Instrumente verzichten würde.»

Fiona Endres



An ihren Vorstössen kann man ihre Arbeit messen: Räte in der Wandelhalle

Foto: Keystone

2009

war das Jahr der Finanzkrise und das bisherige Vorstoss-Spitzenjahr.

5

Vorstösse benötigen CVP und FDP im Schnitt heute, bis eine Motion angenommen wird. Im Vergleich die beste Quote.

29 494

Vorstösse wurden von 1994 bis zu Beginn der Frühjahrsession 2015 im Parlament eingereicht.

6697

Motionen wurden im Parlament platziert. Davon führten 1641 zu einer Gesetzesänderung.

652

Mal gelangte ein Bürger seit 1994 mit einer Petition an das Parlament.

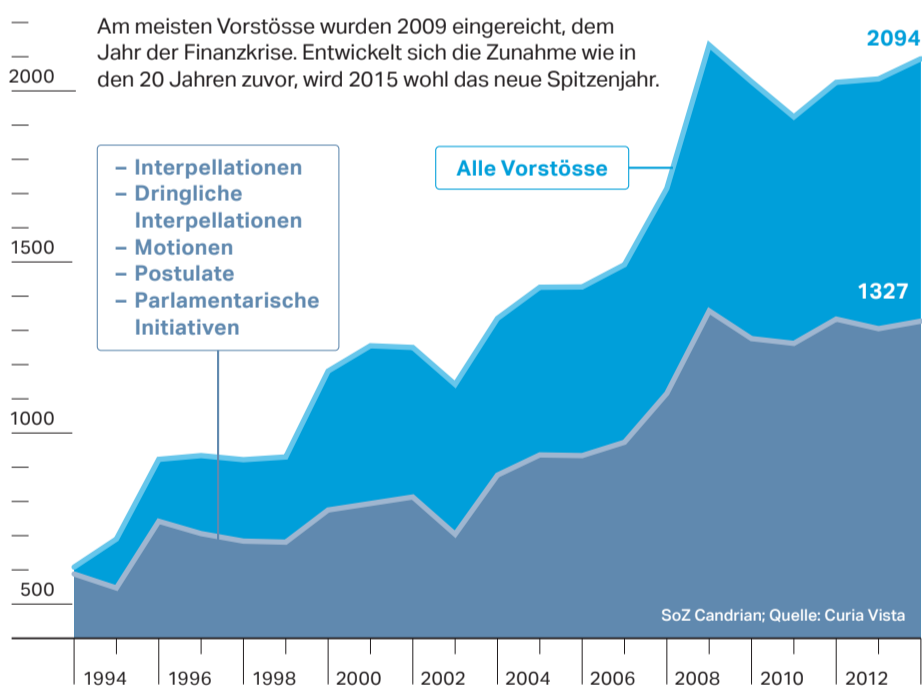
55

parlamentarischen Initiativen wurde in den letzten 20 Jahren Folge gegeben. Bei 1669 Geschäften nicht sehr viel.

238

Geschäfte wurden abgeschrieben, weil ihre Beantwortung zu lange dauerte.

Anzahl Vorstösse 1994 bis 2014



Genau das wollte vor einigen Jahren der damalige SVP-Nationalrat Peter Spuhler mit einer Interpellation wissen. Demnach kostet ein Vorstoss im Schnitt 6120 Franken. Die Parlamentskosten sind hier nicht einmal eingerechnet. Am Ende der Antwort steht die lakonische Ergänzung: «Die Beantwortung der vorliegenden Interpellation hat 21 660 Franken gekostet.»

Sind die Kosten der zunehmenden Vorstösse überhaupt in den Griff zu bekommen? Für die SVP liegt das Problem auch bei der Professionalisierung des Parlaments; Silvia Bär plädiert dafür, die Entschädigungen der Politiker zu senken, insbesondere jene für Personalkosten. Sie belaufen sich derzeit auf 33 000 Franken pro Jahr. «Damit würde sich die Vorstossflut automatisch verkleinern», glaubt Bär. Bei der SP widerspricht man. «Wir leben bereits heute von der Hand in den Mund», sagt Andy

Tschümperlin, SP-Fraktionschef, «im Gegensatz zu den Ratsmitgliedern der SVP schreibt die SP ihre Vorstösse alle selber.»

Nur bei der Frage, die Vorstossanzahl zu beschränken, herrscht parteiübergreifend Einigkeit: «Auf keinen Fall!» Auch der Politologe Mark Balsiger hält eine Beschränkung für die falsche Massnahme. «Ein Vorbild könnten sich die nationalen Politiker aber an den kantonalen Parteien nehmen. So diskutiert die Berner FDP jeden Vorstoss zuerst fraktionsintern, bevor er im Parlament eingereicht wird. Dieser Puffer reduziert die Anzahl Vorstösse und diszipliniert», erklärt Balsiger. Und im Aargauer Kantonsparlament werde seit 1999 in jeder Vorstossbeantwortung eine Kostenschätzung aufgeführt. Ob deswegen die Politiker zurückhaltender mit ihren Vorstössen umgingen, sei allerdings offen.

Kostensünder im Parlament

im Nationalrat viel Geld für wenig Effekt



Politiker Zisyadis, Leutenegger Oberholzer, Quadri und Schenker (v.l.)

Die Vorstosskönige 1994 bis 2014, inklusive Fragestunde

	Partei	Vorstösse	Amtsantritt	Amtsaustritt
Susanne Leutenegger Oberholzer	(Poch) SP	447	(24.11.1987) 06.12.1999	(24.11.1991) bis heute
Josef Zisyadis	PdA	387	25.11.1991	04.12.2011
Franziska Teuscher	Grüne	311	04.12.1995	03.03.2013

Die Vorstosskönige von 1994 bis 2014, exklusive Fragestunde

	Partei	Vorstösse	Amtsantritt	Amtsaustritt
Josef Zisyadis	PdA	233	25.11.1991	04.12.2011
Susanne Leutenegger Oberholzer	(Poch) SP	220	(24.11.1987) 06.12.1999	(24.11.1991) bis heute
Franziska Teuscher	Grüne	173	04.12.1995	03.03.2013

Wer von 1994 bis 2014 die meisten Kosten verursachte

	Partei	Vorstösse	Angenommen	Amtsantritt	Amtsaustritt	Kosten pro angenommenen Vorstoss
Lorenzo Quadri	Lega	75	1	30.05.2011	bis heute	459 000
Silvia Schenker	SP	75	1	01.12.2003	bis heute	459 000
Geri Müller	Grüne	71	0	01.12.2003	bis heute	434 520
Ulrich Schläuer	SVP	71	1	04.12.1995	04.12.2011	434 520
Josef Lang	Grüne	64	0	01.12.2003	04.12.2011	391 680
Daniel Vischer	Grüne	59	1	01.12.2003	bis heute	361 080
André Reymond	SVP	55	1	01.12.2003	04.12.2011	336 600
Oskar Freysinger	SVP	160	3	01.12.2003	bis heute	326 400
Marina G. Carobbio	SP	53	1	04.06.2007	bis heute	324 360
Dominique Baettig	SVP	50	0	03.12.2007	04.12.2011	306 000

Berücksichtigt wurden der Zeitraum 1994 bis zur Frühjahrsession 2015 und diese politischen Instrumente: Motion, Postulat, parlamentarische Initiative, Interpellation, dringliche Interpellation. Letzere zwei Geschäfte sind Fragen an den Bundesrat und können nicht angenommen werden. Dennoch verursachen sie Kosten. Im Schnitt 6120 Franken pro Vorstoss.